Asyl

Brisante Wahlwerbung

● Die türkische Regierungspartei AKP erhält von Mitarbeitern deutscher Behörden möglicherweise Informationen über Flüchtlinge, die aus der Türkei aus politischen Gründen geflohen sind. So bekam ein Türke, wenige Tage nachdem er in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Trier seinen Asylantrag gestellt hatte, einen Brief an die ihm vom Bamf zugewiesene Flüchtlingsunterkunft. In dem Schreiben bat der türkische Präsident und AKP-Chef Recep Tayyip Erdoğan darum, ihn und seine Partei bei der Parlaments- und Präsidentschaftswahl an diesem Sonntag wiederzuwählen. Ähnliche aus Deutschland abgeschickte Schreiben haben viele türkische Staatsangehörige in Deutschland erhalten, obwohl in der Türkei Wahlwerbung im Ausland verboten ist. Der betroffene politische Flüchtling ist ein Anhänger der Gülen-Bewegung. Sie wird von Erdoğan für den gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 verantwortlich gemacht und in der Türkei massiv verfolgt. Sein Kölner Anwalt, Ramazan Sevinc, hält es für möglich, dass ein Mitarbeiter des Bamf oder einer anderen Behörde die Adresse an eine diplomatische Vertretung der Türkei weitergegeben hat. »Anders ist kaum zu erklären, wie die persönlichen Daten meines Mandanten so schnell nach Ankara gelangt sind«, sagt Sevinc. Er hält die Sicherheit seines Mandanten für gefährdet. Das Bamf teilte mit, dass Schutzsuchende mit vielen Behörden und Dienstleistern zu tun hätten. Im konkreten Fall sei ein datenschutzrechtliches Defizit seitens des Bamf nicht feststellbar. KNO

Stuttgart

Spursperrung für bessere Luft

● Die Landesregierung von Baden-Württemberg plant einen Eingriff von hoher Symbolkraft in den Stuttgarter Autoverkehr, um dort die Luftqualität zu verbessern. Auf der stark befahrenen Bundesstraße 14 am Neckartor soll künftig eine Spur allein für Busse und Elektrofahrzeuge reserviert werden. Die Maßnahme diskutierten die Regierungspartner Grüne und CDU in kleiner Runde, den abgeänderten Luftreinhalteplan müsste dann das Regierungspräsidium Stuttgart umsetzen. Es geht um jene der bislang sechs Spuren, die stadtauswärts am nächsten an der bundesweit bekannten Messstation vorbeiführt. In einer zunächst dreimonatigen Testphase erhofft man sich, die dort gemessene Konzentration von Stickstoffdioxid um bis zu zehn Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zu senken. Mit der geplanten Spursperrung reagiert das Land auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Fahrverbote für Dieselfahrzeuge mit den Euronormen 3 und 4 gelten spätestens ab September 2019 in Stuttgart als unausweichlich. FRI

ARNULF HETTRICH / IMAGO

Bundesstraße 14 in Stuttgart

Patientenschutz

Strengere Kontrolle in Kliniken

● Die Gesundheitsminister der Länder wollen den Gebrauch von Medikamenten in Krankenhäusern künftig schärfer kontrollieren. Damit ziehen sie Konsequenzen aus dem Skandal um den Delmenhorster Krankenpfleger Niels H., dem die Staatsanwaltschaft mehr als hundert Patientenmorde vorgeworfen hat. Für mehr Patientensicherheit schlagen die Länder eine »verbindliche Einrichtung von Arzneimittelkommissionen« in Kliniken vor. Zudem sollen auf den Stationen Apotheker für das Medikationsmanagement eingesetzt werden. Das steht in einem Beschluss, den die Minister am Donnerstag auf einer gemeinsamen Konferenz in Düsseldorf gefasst haben. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wird darin aufgefordert zu prüfen, wie die Vorschläge auf Bundesebene unterstützt werden können. Die Pläne der Länder orientieren sich an einem Gesetzentwurf, den das niedersächsische Kabinett im Mai beschlossen hat. Niels H. hatte Klinikpatienten in Oldenburg und Delmenhorst leicht verfügbare Medikamente gespritzt, die zu Herzversagen führten. An den Vorschlägen der Minister gibt es auch Kritik: Kliniken und Kassen warnen vor steigenden Kosten durch den verpflichtenden Einsatz von Stationsapothekern. COS

Brexit

Austrittsvertrag in Gefahr

● Im Europaparlament wächst die Sorge, dass die Abgeordneten nicht mehr rechtzeitig vor der Europawahl im nächsten Jahr über den Austrittsvertrag Großbritanniens aus der EU abstimmen können. »Den Briten muss klar sein, dass wir so gut wie keine Möglichkeiten haben, die Frist für die Abstimmung zu verlängern«, sagt die Chefin des Verfassungsausschusses, Danuta Hübner, Politikerin der polnischen liberalkonservativen Bürgerplattform. Die letzte Sitzung des Parlaments sei am 18. April 2019. Danach gibt es monatelang kein Parlament, das über den Austrittsvertrag abstimmen könnte, der Brexit-Vertrag käme wohl nicht zustande.

ROB PINNEY / IMAGO / ZUMA PRESS

Brexit-Gegner in London

»Die Zeit ist jetzt wirklich knapp«, so Hübner. Hintergrund ist, dass sich beim EU-Gipfel Ende kommender Woche in Brüssel keine nennenswerten Fortschritte bei den Brexit-Verhandlungen andeuten. Im Entwurf der Schlussfolgerungen für den Gipfel zeigen sich die restlichen 27 EU-Staaten vor allem darüber besorgt, dass in der Frage der nordirischen Grenze »kein substanzieller Fortschritt erreicht« sei. Die Verhandlungen drehen sich fast nur um technische Details, der EU-Chefunterhändler Michel Barnier und sein britischer Counterpart David Davis sollen sich seit Wochen nicht mehr treffen. Das EU-Parlament braucht für die Abstimmung etwa drei Monate, entscheidend ist daher, ob die Einigung bis zum Gipfel im Oktober steht. MP